

# Berlin aktuell

## Die Woche im Bundestag

### 17. Wahlperiode

März 2013

**Abgeordneten-Büro Berlin:**  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132  
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de  
Internet: www.thomas-strobl.de

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**  
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn  
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216  
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de  
Internet: www.thomas-strobl.de

## Gleich zwei Reden in dieser Woche

### Thomas Strobl dankt den Contergan-Müttern und trifft auf Winfried Kretschmann

In der zu Ende gehenden Sitzungswoche hat Thomas Strobl MdB im Deutschen Bundestag gleich zwei wichtige Reden gehalten. Am Donnerstag debattierten die Abgeordneten zum ersten Mal über das neue Conterganstiftungsgesetz, das 120 Mio. Euro zusätzliche Leistungen an die noch etwa 2.800 in Deutschland lebenden Contergan-Geschädigten vorsieht. Thomas Strobl, dem diese Erhöhung ein Herzensanliegen und der maßgeblich für die Erhöhung verantwortlich ist, hielt eine sehr bewegende Rede, die Sie in ganzer Länge auch als Video anschauen können (siehe Link unten):

*„Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, nach einem halben Jahrhundert der schweren und schwersten Schädigungen durch Contergan ist heute ein besonderer und ein guter Tag.*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle aus einer E-Mail zitieren, einer von vielen E-Mails, die ich von Contergangeschädigten erhalten habe:*

*„Meine Mutter hat sich jahrelang Vorwürfe gemacht, weil sie nur eine einzige Tablet-*

*te genommen hat. Als kleiner Junge sagte ich zu ihr: Nicht traurig sein! Ich werde es schaffen, und wenn ich groß bin, dann will ich eine Schiffsreise für dich bezahlen. Da war ich gerade mal acht Jahre alt, konnte kaum sprechen, weil ich ja taub war. Mein Vater hat sich immer geschämt, weil ich ein Krüppel war. Da ich aus gesundheitlichen Gründen nur halbtags arbeiten kann, konnte ich meiner Mutter den Wunsch nie erfüllen. In den nächsten Jahren werde ich nicht mehr arbeiten können und würde dann gerade mal 400 Euro Rente bekommen. Jetzt wird die Bundesregierung 120 Millionen Euro jährlich für unsere Contis ausschütten. Vielen Dank, dass Sie sich dafür eingesetzt haben!“*

Er schreibt weiter:

*„Jetzt ist meine Mutter 85 Jahre alt. Ich hoffe, dass ich ihr diesen Wunsch so bald wie möglich erfüllen kann. Sie wird nicht mehr die große Reise machen können, aber ich werde ihr symbolisch eine Fahrkarte geben.“*

*Es ist spät, dass wir als Bundesrepublik Deutschland unsere Verpflichtung gegenüber den contergangeschädigten Menschen in anständiger Weise wahrnehmen. Es ist spät, dass die*

Bundesrepublik Deutschland auch für ihr Verhalten im Conterganskandal Verantwortung übernimmt. Es ist spät, dass der Deutsche Bundestag den Eltern signalisiert: Wir lassen euch und eure Kinder nicht im Stich. Es ist spät, dass wir vor allem auch den Müttern Danke sagen, dass sie ein Leben lang so viel Zeit und so viel Kraft und so viel Liebe in das Leben ihrer Kinder investiert haben.“

In den Gesprächen mit den Contergangeschädigten ist mir eines ganz besonders deutlich geworden: Das Geld muss vor allem bei den Betroffenen ankommen. Sie sind es nämlich, die am besten wissen, wozu sie dieses Geld brauchen. Sie werden mit diesem Geld am sparsamsten umgehen. Sie sind es, die ihr Leben - daran ist uns allen gelegen - ohne Bevormundung führen sollen. Deswegen ist es wichtig, dass 90 Millionen Euro der 120 Millionen Euro als monatliche Renten direkt an die Betroffenen gehen. Keine Töpfe! Keine Anträge! Keine Diskussionen! Keine Bürokratie! Diese Entscheidung ist wichtig und richtig gewesen!“



Winfried Kretschmann und Bundesratsminister Peter Friedrich machen lange Gesichter (Quelle: Deutscher Bundestag)

Am Mittwoch erlebte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann sein blaues Wunder, als ihm im Deutschen Bundestag die geballte Empörung der Regierungskoalition entgegen schlug. In einer aktuellen Stunde diskutierte der Bundestag das schädliche Verhalten von Rot-Grün in der Länderkammer; dort hatten SPD und Grüne jüngst einen Teil des für Europa so wichtigen Fiskalvertrags abgelehnt. Der Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg verurteilte das Gebaren von SPD und Grünen in den Ländern und in Europa aufs Schärfste und erteilte Winfried Kretschmann eine ordentliche Rüge.

„Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es klar zu sagen: Was wir derzeit im Bundesrat erleben, ist ein politisches Trauerspiel. Erneut wurde das Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages aufgehoben. [...] Es ist unerträglich, dass Rot-Rot-Grün die Länderkammer auf diese Art und Weise für parteipolitische Interessen und nichts anderes missbraucht.[...]“

Europa, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in einer kritischen Phase der Krisenbewältigung. Deutschland und die deutschen Länder müssen mit gutem Beispiel vorangehen, um den Umsetzungsdruck in allen anderen Euro-Staaten aufrechtzuerhalten. Wir müssen zeigen, dass wir es dauerhaft ernst meinen. Ausdruck dieser Ernsthaftigkeit ist das Fiskalvertragsumsetzungsgesetz. [...]

Wenn es den Sozialdemokraten und den Grünen mit dem Thema Neuverschuldung ernst wäre, dann müssten sie auf europäischer Ebene im Hinblick auf die Verpflichtung, Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild umzusetzen, vorangehen. Außerdem, Herr Ministerpräsident, müssten Sie in den Ländern, in denen Sie mitregieren, mit gutem Beispiel vorangehen.

Schauen wir uns doch einmal das rote Flagg-schiff Nordrhein-Westfalen und das grüne Flaggschiff Baden-Württemberg an! Baden-Württemberg hat im Vergleich zu anderen Bundesländern einen niedrigen Schuldenstand; 2011 hatte es mit den niedrigsten Schuldenstand in der Republik. Günstige Voraussetzungen für eine ehrgeizige Haushaltspolitik wären das gewesen. Der baden-württembergische Ministerpräsident redet bei jeder Gelegenheit von Nachhaltigkeit. Doch im Doppelhaushalt 2013/2014 macht Herr Kretschmann 3,5 Milliarden Euro neue Schulden.

(Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU):  
Hört! Hört!)

Nachhaltige Verschuldung in Baden-Württemberg, fortgesetzter Verfassungsbruch in Nordrhein-Westfalen - das ist die real existierende Haushalts- und Finanzpolitik von Rot-Grün. Damit haben wir nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU  
und der FDP)

Die Wirklichkeit zeigt: Nicht in Baden-Württemberg und nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in den unionsgeführten Ländern - in Bayern, in Sachsen, in Thüringen - werden keine neuen Schulden mehr gemacht. [...]

Die SPD in Nordrhein-Westfalen und die Grünen in Baden-Württemberg beweisen: Rot und Grün können es nicht. Deswegen werden wir den Sozialdemokraten und den Grünen im Herbst nicht auch noch den Bundeshaushalt und die Verantwortung für Europa überlassen.“

Die Videos zu den beiden Reden finden Sie hier:  
Contergan

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=2233984&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=2233984&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

Fiskalpakt

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=2231582&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=2231582&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

Die Textversionen finden Sie auf den Seiten des Deutschen Bundestags (Plenarprotokolle). Wir senden sie Ihnen bei Interesse aber gerne auch zu.

### Armuts- und Reichtumsbericht 2013.

### Zehn Jahre Agenda 2010.

### Wahlprogramm der SPD.



Der vom Bundeskabinett beschlossene Armuts- und Reichtumsbericht 2013 war diese Woche Gegenstand der parlamentarischen Diskussion. Der Bericht stellt bewusst nicht die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Vordergrund, sondern die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft, also die Chancengerechtigkeit für Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik. Die Bilanz des Berichts ist

dabei positiv: Der Arbeitsmarkt hat sich sehr gut entwickelt und die Einkommensschere schließt sich seit 2005 wieder.

Ein Kernpunkt der christlich-liberalen Politik ist die erfolgreiche Sicherung sozialer Gerechtigkeit. Der Bericht bestätigt einmal mehr die Überzeugungen der Koalition: Soziale Gerechtigkeit gelingt am besten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Mit wachsendem Erwerbseinkommen steigen etwa die Bildungschancen von Kindern. Und Bildung ist und bleibt die beste Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Realisierung individueller Lebenschancen. Zudem lässt sich erfreulicherweise erkennen, dass das Armutsrisiko in Deutschland trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht gestiegen ist und im internationalen Vergleich auf niedrigem Niveau liegt.

Heiß diskutiert wurde am Donnerstag auch die Agenda 2010 des Alt-Kanzlers Gerhard Schröder. Die Agenda 2010 war notwendig und wurde von der Union über den Bundesrat aktiv und konstruktiv unterstützt. Heute zeigt sich deutlich: Die gemeinsam erarbeitete und gemeinsam getragene Reform war und ist gut für Deutschland. Die sehr gute Lage am deutschen Arbeitsmarkt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit wären ohne die Maßnahmen der Agenda 2010 nicht möglich gewesen.

Umso bedauerlicher ist, dass Kanzlerkandidat Steinbrück sich nun so sehr von der Vernunft der Schröder-SPD verabschiedet. Das diese Woche vorgestellte Wahlkampfprogramm zeigt dies eindrucksvoll: Mietpreismbremse, drastische Steuererhöhungen und die Einführung der mittelstandsfeindlichen Vermögenssteuer, extra Kindergeld für sozial schwache Familien. Die SPD tut sich einfach schwer mit der Erkenntnis, dass allumfassende, schuldenfinanzierte Staatsfürsorge in die Sackgasse führt, während gestärkte Eigenverantwortung

neue Kräfte freisetzt und Jobs und Wachstum bringt.

### **Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs**

Statt der bisherigen drei Jahre Verjährungsfrist ermöglicht der Bundestag den Opfern nun, 30 Jahre lang Schadensersatzansprüche gegen die Täter zu erheben. Ebenso sollen die Opfer durch die erweiterte staatliche Beiordnung eines Opferanwaltes und den erleichterten Ausschluss der Öffentlichkeit mit mehr Rücksicht behandelt werden. Neben den gesetzlichen Änderungen plant der Bundestag, die Präventivmaßnahmen weiterhin zu erhöhen, um Kinder und Jugendliche vor Missbräuchen zu schützen.



©Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

## Stromautobahn und Strahlenschutz



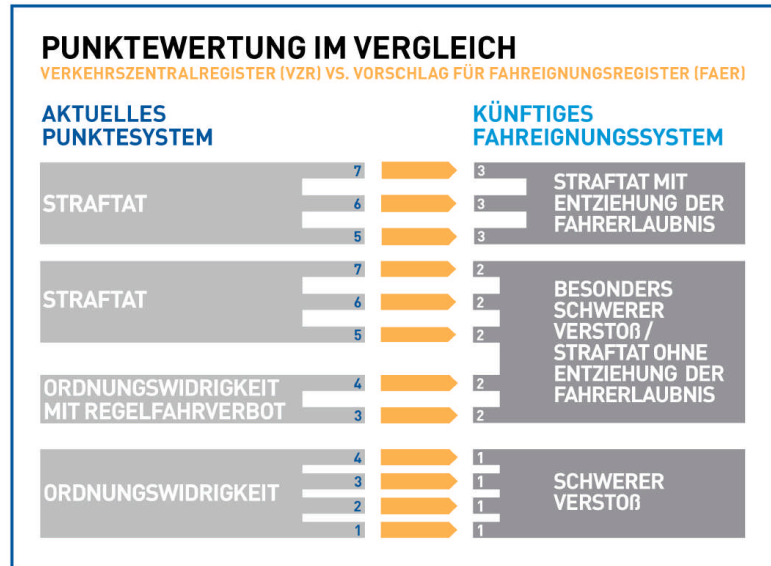
Neue Hochspannungsleitungen für die Energiewende. (Quelle: Jens-Ulrich Koch/dapd)

Mit dem Ausbau der Elektrizitätsnetze kommt die christlich-liberale Koalition in der Energiewende einen großen Schritt voran. Um den Nordsee-Windstrom in die Regionen im Süden zu transportieren, sind die neuen Hochspannungsleitungen notwendig. Ebenso treibt die Regierung mit einem seit Donnerstag im Bundestag diskutierten Gesetz die weitere praktische Erprobung neuer Technologien an.

Durch eine Verordnung zum Grenzwert- und Vorsorgekonzept wird gleichzeitig der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder gewährleistet. Während sich die Opposition hier auf keine gemeinsame Linie einigen kann und sich in Einzelinteressen verzettelt, wollen CDU/CSU und FDP die Energiewende als Motor für die Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nutzen.

## Bundestag erhöht Verkehrssicherheit

Durch die Reform des Verkehrszentralregisters bezweckt der Bundestag die Einführung einer einfacheren, transparenteren und verhältnismäßigeren Erfassung von Verstößen im Straßenverkehr. Das bisherige Punktesystem soll durch ein Bewertungssystem in drei Kategorien ersetzt werden. 1: verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Zuwiderhandlungen, ein Punkt. Kategorie 2: besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Verstöße, zwei Punkte. Kategorie 3: schwere Straftaten, drei Punkte. Schwere Verstöße sollen künftig sechs Jahre im Register gespeichert werden. Der Entzug der Fahrerlaubnis erfolgt künftig bei vier schweren Verstößen. Ordnungswidrigkeiten, wie z.B. Parkverstöße hingegen, die den Verkehr nicht gefährden, sollen nicht mehr gespeichert werden.



Das alte und das neue Punktesystem im Vergleich

v.i.S.d.P.: **Antonia Ritter Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB** Abbestellung per E-Mail an [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)